

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld, Annette Karl, Christa Naaß, Bernhard Roos, Reinhold Strobl SPD**

Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012

**hier: Streichung der Mittel für die „Nebenstaatskanzlei“ des stellvertretenden Ministerpräsidenten
(Kap. 07 01, 07 02)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die „Nebenstaatskanzlei“ des stellvertretenden Ministerpräsidenten wird gestrichen. Somit sinken in den Kap. 07 01 und 07 02 die entsprechenden Ansätze bei den Personal- und Sachmitteln im Jahr 2012 um insgesamt 286,6 Tsd Euro.

Begründung:

Vor dem Hintergrund der von der Staatsregierung im Doppelhaushalt geplanten Kürzungen im Personalsektor in Höhe von rund 900 Mio. Euro ist eine „Nebenstaatskanzlei“ für den stellvertretenden Ministerpräsidenten mit einer Stelle für einen außertariflichen Arbeitnehmer (vergleichbar BesGr. B 6), zwei Stellen in der BesGr. A 13 und einer übertariflichen Stelle in der Entgeltgruppe 6 TV-L zuzüglich anteiliger Arbeitsplatz- und Gemeinkosten angesichts der sich daraus ergebenden jährlichen Gesamtkosten in Höhe von 382,1 Tsd. Euro weder sachlich noch fiskalisch gerechtfertigt. Die Nebenstaatskanzlei wird ab 1. April gestrichen.